

Diese Zeitung erscheint  
jede Woche Sonnabends.  
Preis pro Quartal durch  
die Post bezogen 1.4  
Eingetragen in die Post-  
zeitungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Anzeigenpreis:  
Arbeitsvermittlungs- und  
Nachstellen-Anzeigen die  
3 gespaltene Kolonnenbreite  
50  
Geschäftsanzeigen werden  
nicht aufgenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Verlag von H. Drey,  
Druck von C. A. H. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schaefer, Hannover.  
Redaktionschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition:  
Hannover, Ränzstraße 6, 2. St. — Fernsprech-Anschluß 3002.

### Es geht vorwärts! Die ersten beiden Monate dieses Jahres brachten dem Verband einen Zuwachs von 5000 Mitgliedern. Nur so weiter!

#### Agitationsnummer.

Die Nummer 15 des „Proletariers“, datiert vom 9. April 1910, wird als Agitationsnummer in erhöhter Auflage erscheinen. Zur Hausagitation und Verbreitung als Flugblatt wird diese Nummer den Abonnenten in jeder gewünschten Zahl zur Verfügung gestellt. Die Bestellungen sind bis zum 1. April an den Vorstand zu richten. Später eingehende Bestellungen können nicht mehr berücksichtigt werden.

#### Wirtschaftliche Umschau.

Vorbereitungen auf bessere Konjunktur. — Tarispolitik. — Arbeitsnachweis als Instrument des Lohndrucks. — Das Werkelegen in der Zementindustrie. — Rüstungen im Ziegeleigewerbe. — Notwendigkeit der Organisationsstärkung.

Die technischen und wirtschaftlichen Vorbereitungen des Unternehmertums deuten auf Rüstungen für eine neue Hochkonjunktur! Besonders in der Montanindustrie ist man eifrig dabei, durch Betriebserweiterungen und Kapitalinvestitionen die Produktivität der Anlagen zu erweitern, die neuesten Fortschritte auf dem Gebiete der Erzeugungstechnik sich zunutze zu machen. Vielfach handelt es sich dabei um Ersatz der menschlichen durch mechanische Arbeitskraft. Dergleichen Bestrebungen treten auch in der chemischen Industrie ziemlich scharf hervor. In den meisten übrigen Gewerben weniger stark, doch kann man fast überall Vorbereitungen konstatieren, deren Ursache die Hoffnung auf eine neue Periode intensiver Gütererzeugung ist.

Auch die „sozialen“ Rüstungen des Unternehmertums sind von dem Wunsche diktiert, sich auf eine Hochkonjunktur mit ihren Ansprüchen an den Arbeitsmarkt einzurichten. Am Himmel des Baugewerbes ziehen sich Gewitterwolken drohend zusammen. Nachdem die Bautätigkeit mehrere Jahre lang stagniert, glauben die Unternehmer nun mit dem baldigen Anbruch einer flotten Bauperiode rechnen zu dürfen. Aber von dem zu erwartenden Segen sollen die Arbeiter nach Möglichkeit ausgeschlossen bleiben. Deshalb wollen sie diesen jetzt, gewissermaßen an der Schwelle besserer Verhältnisse, einen für sie ungünstigen Tarif aufzwingen. Zu diesem Zwecke plant man sogar, die Arbeiter durch Lohnabzüge in den Streik zu hegen, den sie nach Meinung der Baugewaltigen, wegen ihrer Schwäche nach der langen Krise, verlieren müßten. Und dann, so spekuliert man weiter, müssen die Arbeiter sich ergeben, Tarife akzeptieren, die wir diktieren! So soll die Tarispolitik dazu dienen, den Arbeitern die Chancen einer günstigen Gestaltung am Arbeitsmarkt illusorisch zu machen. Daß unter dem Druck der ungeheuerlich verteuerten Lebenshaltung — als Wirkung der neuen Handelsverträge, für die neben den Junkern besonders die Zentrumspolitiker verantwortlich sind — bei einer starken Nachfrage nach Arbeitskräften die Löhne steigen müssen, versteht sich am Rande. Dieser Konsequenz will sich das Bauunternehmertum entziehen. Der Ablauf des bisherigen Tarifs noch während der Zeit der unbefriedigenden Beschäftigung im Gewerbe ist seinen Bestrebungen günstig, und es will, wie bemerkt, die Situation für sich noch verbessern, indem es einen Streik provoziert.

In andern Industrien, wo die Tarifverträge noch nicht heimisch geworden sind, soll das Instrument der zentralisierten Arbeitsnachweise der Unternehmer dazu dienen, den Arbeitern keinen Anteil an besseren Betriebsergebnissen zu gewähren. Das zeigt sich besonders in der Eisen- und Kohlenindustrie. Durch die Einrichtung von Arbeitsnachweisen will man die „unruhigen Elemente“ abstoßen, Unorganisierte in größeren Massen heranziehen, gelbe Bundesbrüder bevorzugen, überall Streikbrecherkolonnen einmischen und dadurch den Einfluß der Gewerkschaften abschwächen. Der Zweck der Uebung soll natürlich der sein, die Löhne auf dem Niveau zu halten, auf das sie in den Jahren der Krise hinunter gebracht worden sind. Die konsequenten und umfassenden Vorbereitungen des Unternehmertums sollen die Arbeiter zum Bewußtsein bringen, sie erkennen lassen, daß es auf ihre eigenen Kosten geschieht, wollen sie verfaulen, in gleicher Weise wie ihre natürlichen Gegner zu rüsten.

Burzelt ist es ja am Arbeitsmarkt noch verhältnismäßig ruhig; in einigen Gewerben wird die Krise jetzt erst recht fühlbar, aber das ist kein Grund für die Arbeiter, nicht auch schon auf bessere Verhältnisse sich vorzubereiten. Damit zu warten, bis allgemein der Begehr nach Arbeitskräften wieder so stark wird wie im Jahre 1906, das bedeutete, den rechten Augenblick verpassen. Und ganz besonders für die Arbeiter in der Zementindustrie ist es an der Zeit, gegen unliebsame Ueberrastungen zu rüsten.

Zu den Mitteln des Kapitals, die Rentabilität der Unternehmen zu erhöhen, gehören die Verkaufs- und Produktionsorganisationen, bekannt unter den Namen: Kartelle, Ringe, Syndikate, Konventionen, Fusionen usw. Alle diese Vereinigungen haben den Zweck, die Verkaufspreise durch Ausschluß der Konkurrenz in die Höhe zu treiben, die Kapitalrente zu steigern. In fast allen Gewerben bemerkt man auch das Bestreben, neue Vereinigungen zu gründen, ablaufende Verträge bestehender Verbände auf längere Zeit zu erneuern. Anders in der Zementindustrie! Hier scheint man vor dem Zusammenbruch der Kartellpolitik zu stehen. Die Zementindustriellen haben den Preisbogen überpannt ein Musterbeispiel für die Widersinnigkeit der kapitalistischen Produktionsordnung erbracht. Durch ein Netz von Verbänden; die sich über ganz Deutschland erstrecken und untereinander durch Kartellverträge verbunden waren, regelte man die Produktion und die Preise. Das heißt, um Preissteigerungen durchsetzen zu können, wurde die Erzeugung künstlich eingeschränkt, das Angebot ging nicht über die Nachfrage hinaus; die Konsumenten mußten jeden geforderten Preis bezahlen! Die Zementunternehmen machten dabei die glänzendsten Geschäfte. Während z. B. nach der amtlichen Statistik über die Ergebnisse der Aktiengesellschaften in Deutschland in den Jahren 1907 und 1907/08 die durchschnittliche Dividende für sämtliche Gesellschaften sich auf 8,1 Prozent stellt, ergibt sich für die Gesellschaften in der Industrie der Steine und Erden eine Rente von 8,7 Prozent und für Kalk-, Mörtel-, Zement- und Gipswerke eine solche von 9,5 Prozent. Die hervorragende Lufrativität der Zementunternehmen reizte naturgemäß zu stetigen Neuanlagen. Neue Werke, solange sie den Verbänden noch nicht angeschlossen waren, fanden, wenn sie die Syndikatspreise nur etwas unterboten, reichenden Absatz. Und schlossen sie sich den Verbänden an, war ihnen ein bestimmter Anteil am Gesamtabsatz zu Syndikatspreisen garantiert. Darin lag schon eine gewisse Gefahr. Je mehr neue Werke hinzukamen, desto geringer würde selbstverständlich der auf das einzelne Unternehmen entfallende Anteil am Absatz, um so weniger konnten die Produktionsmöglichkeiten der Betriebe ausgenutzt werden. Den Arbeitern gegenüber diente die Einschränkung, die Nichtausnutzung der Leistungsfähigkeit der Anlagen oft genug als Mittel des Lohndrucks, während sie doch erfolgte, um höhere Preise herauszuschlagen. Solange ein großer Bedarf die Einschränkungen nicht übermäßig groß werden ließ, bildeten diese auch keine direkte Gefahr für die Verbände. Das änderte sich mit hereinbruch der letzten Krise. Einmal ließ der Bedarf nach, die Anteile der einzelnen Werke schrumpften zusammen; dann wurde viel nach Betätigung und Profit lästernes Kapital frei, das in der Zementindustrie gute Anlage zu finden hoffte. Seit Ende 1907 ist die Leistungsmöglichkeit der Zementwerke rapid gewachsen, hinter ihr bleibt der Bedarf weit zurück. Einige Aufgaben sollen die Entwicklung veranschaulichen: Im Jahre 1907 waren unter 86 Portland-Zementfabriken in Deutschland 73 Aktiengesellschaften mit 32 1/2 Mill. Tonn. — a 170 Kilogramm — Leistungsmöglichkeit. Infolge des Wachstums außerstehender Werke konnten die Aktiengesellschaften im Jahre 1907 nur etwas über 60 Prozent ihrer Erzeugungsmöglichkeit absetzen. Ende 1909 war die Leistung der vorhandenen 112 Werke schon auf 49 Mill. Tonn. angewachsen. Darunter waren 75 Aktiengesellschaften mit einem Kontingent von 33 1/2 Mill. Tonn. Von diesen konnten sie im genannten Jahre aber nur 60 Prozent absetzen und es blieben ihnen von ihrer Erzeugung 9 Mill. Tonn. auf Lager. Seitdem sind wiederum neue Werke entstanden; die Abnahme der Konsumenten absorbiert nur noch kaum 50 Prozent der Leistungsmöglichkeit. Und auch im Auslande wurden neue Zementwerke gegründet; teilweise gab dazu der hohe Preis in Deutschland den Anreiz. Eine Folge der durch die Preisüberhöhung provozierten Verhältnisse ist das Einsetzen einer Bewegung, wie sie ähnlich aus dem Bergbau unter der Bezeichnung „Beckenlegen“ bekannt geworden ist. Nach Mitteilungen der „Rheinisch-Westfälischen Zig.“ hat das „Bogen“

von Zementwerken bereits begonnen. Kapitalträchtige, nach den Ansprüchen der neuzeitlichen Technik eingerichtete Werke, die viel billiger produzieren als die alten Betriebe, kaufen solche auf, setzen sie außer Betrieb und übernehmen deren Anteile beim Syndikat auf die neuen Unternehmen. So hat die Fabrik „Marx“, mit einem eigenen Kontingent von 390 000 Tonn., durch Ankauf dreier Fabriken ihr Kontingent auf 712 000 Tonn. erhöht. Ein andres Werk in Westfalen erhöhte auf demselben Wege sein Kontingent um 150 000 Tonn., ein andres um 300 000 Tonn. Die Folge dieser Bewegung ist, daß die kleinen Werke halb verschwinden, die großen allein das Feld behaupten. Für die Arbeiter ist diese Entwicklung nicht gleichgültig. Zunächst wird ein Teil der in den „gelegten“ Werken Beschäftigten arbeitslos; dieser Teil vermehrt das Angebot und drückt damit auf den Preis der Ware Arbeitskraft. Dieser Druck wird erhöht, weil die Zahl der Unternehmer kleiner, deren Organisation straffer wird. Die Unternehmer können viel leichter Auslese halten, die Arbeitsbedingungen nach Belieben diktieren.

Nichts wäre verheerender, als sich der Entwicklung der Dinge gegenüber tatenlos zu verhalten. Notwendig ist vielmehr, durch Eintritt in die Organisation diese so zu stärken, daß sie nicht nur als Vertreterin der Arbeiterschaft bei den Unternehmern deren Wünsche geltend machen kann, sondern auch in der Lage ist, diesen durch Aufnahme des Kampfes Nachdruck zu verleihen.

Auch für die Ziegeleiarbeiter ist es höchste Zeit, sich auf ihre Organisationspflicht zu bekennen. Die märkischen Ziegeleibesitzer haben durch strafferen Zusammenschluß nicht nur ihre Kampffähigkeit gegen die Konsumenten erhöht, sie haben dadurch auch das Mittel zu noch rücksichtsloserer Behandlung der Arbeiter, als sie früher schon an der Tagesordnung war, in die Hand bekommen. In den übrigen Produktionsgebieten ist man ebenfalls dabei, die Produktionsorganisationen auszubauen, durch Ausschaltung kleinerer Betriebe das Angebot mehr mit der Nachfrage in Einklang zu bringen. Auch hier sollen die Arbeiter die Besse für die sinnlose Wirtschaftsordnung bezahlen. Daß die Unternehmer ihre erhöhte Macht gegen die Arbeiter ausnutzen, ist selbstverständlich. Diesen bleibt daher nichts andres übrig, als ebenfalls zu rüsten, durch straffe Organisation die erhöhte Kampffähigkeit der Unternehmer nicht nur auszugleichen, sondern zu überbieten. Wie schon erwähnt, rechnet man mit dem baldigen Anbruch einer flotten Bauperiode. Diese wird von den Ziegeleibesitzern natürlich zu Preiserhöhungen für ihre Fabrikate benutzt. Wollen die Arbeiter von dieser besseren Konjunktur ebenfalls genießen, dann dürfen sie sich nicht auf die Gutmütigkeit der Unternehmer verlassen, dann müssen sie sich stark machen, um fordern zu können. Daß aber ohne gute Organisation dem Fördern der Arbeiter jeder Nachdruck fehlt, das dürfte nachgerade selbst der begriffsstutzigste Unorganisierte eingesehen haben, und wo diese Einsicht noch fehlt, da muß für ihre Verbreitung gesorgt werden.

#### Aus dem Reichstage.

Die letzte Woche vor den Osterferien! Da arbeitet die Gesetzgebungsmaschine unter Hochdruck; die Sitzungen beginnen früh und enden spät und die Volksvertreter befehligen sich, mit ihren Reden recht kurz zu sein. Die ganze eifrigste Tätigkeit gilt der Fertigstellung des Etats. Sind erst dem Reiche die erforderlichen Mittel fürs kommende Jahr zur Verfügung gestellt, dann treten die Ferien ein. Das Haus erklärt daher auch sein Einverständnis, daß eine Reihe wichtiger Angelegenheiten bei Beratung des Etats ausbleiben und nach den Osterferien erst zur Verhandlung gelangen sollen. — Am Montag stand anlässlich der Verhandlung über den Etat des Reichszanklers die eckel-lothringische Frage im Vordergrund des Interesses. Die vor 40 Jahren dem Reiche wieder „eroberte“ Bevölkerung will Selbstverwaltung, Selbstregierung. Seitdem die verlorenen Städte wieder gewonnen, sind Verwaltung und Verfassung Elsaß-Lothringens vier mal der Gegenstand gesetzgeberischer Tätigkeit gewesen, ohne daß die Wünsche der großen Masse der eckelnsüchtigen Bevölkerung erfüllt worden sind. Im Jahre 1873 wurde die Verfassung des Reichs für Elsaß-Lothringen eingeführt. Das Jahr 1879 brachte den Staatshalter, der übertragen jene Befugnisse und Obliegenheiten, die bislang für Elsaß-Lothringen dem Reichszankler zustanden. Gleichzeitig übernahm er die dem Oberpräsidenten übertragenen außerordentlichen Gewalten. Damit wurden das Reichszankleramt und das Oberpräsidium für Elsaß-Lothringen ausgegliedert. Es wurde ein Ministerium errichtet und an dessen Spitze ein Staatssekretär gestellt. Nach 20 Jahren hatte sich die „Staatshalterei“ so die allgemeine Meinung der Bevölkerung erworben, daß die ihr übertragenen außerordentlichen Gewalten aufgehoben wurden. Damit fiel der sogenannte Distriktparagraph. Nun fordern die Elsaß-Lothringer Gleichstellung mit den übrigen Bundesstaaten, Umwandlung des Bundesauschusses in einen Landtag. Die Sozialdemokratie beantragte neben der Anerkennung als Bundesstaat die Einführung des gleichen direkten und ge-

Wahlrecht. Das Reichs-Kanzler verbandete, daß er bereits ein Gesetz ausgearbeitet habe, das demnächst dem Reichsrat vorgelegt werden soll. Diese Mitteilung wurde von den bürgerlichen Abgeordneten mit großem Beifall aufgenommen...

Angenommen wurden die Resolutionen auf Vorlegung eines Reichskanzlerverantwortlichkeitsgesetzes, auf Befreiung für die Interparlamentarische Union zur Förderung und Erhaltung des Friedens und die Resolutionen Preis und Crépoire, Glas-Lothringen zum Bundesstaat zu erheben.

Der Vorsitzende der Konfessionen machte in der Debatte des letzten Tages geltend, daß die deutsche Exportindustrie ungeheuer geschädigt werde, wenn England zum Schutz Übergänge...

Ein Schriftführer Herrmann wird die Bedingungen festlegen für die Konzeptionen und Abfertigung der Mägen, Bergwerke und Steinbrüche. Bei der Abfassung dieses Herrn wird die kaiserliche Regierung sich von dem Geist der fremden Gesetzgebungen, welche dieses Gebiet betreffen, inspirieren lassen.

Das diplomatische Corps, die Vertreter der in Marokko interessierten Mächte, beschloß, daß als Übergang im Sinne des § 112 nur ein solches Gesetz geschaffen werden könne, welches vor der Veröffentlichung den Vertretern der Mächte von dem Kaiser vorgelegt worden sei.

Das Geld für Unterhaltung der Fabrikarbeiter, welche infolge der Arbeitererhöhung arbeitslos geworden, ist nahezu alle. Was bei Schaffung des Gesetzes von Seiten der Sozialdemokratie gefordert, daß der Staat zur Unterhaltung der arbeitslosen Arbeiter...

Am Donnerstag, kurz vor Eintritt der Ferien, machte nach der "Aurora" v. Oldenburg-Sachsen einen seiner bekanntesten Ausfälle. Weil der Kriegsmilitär-Bayer die Deutschnation des jamaikanerischen Volkstänzers eine Gefährdung der Reichsverteidigung...

Beim Ministerrat wurden dann vom sozialdemokratischen Redner Erörterung der Arbeitererhöhungen auf den Forderungen gestellt. Die Erhöhung der Preise habe verhängt, die Einkünfte seien wegen der Erbschaftsteuer...

### Der Wahlrechtsentwurf nach der dritten Lesung.

Am 16. März hat das preussische Abgeordnetenhaus die Wahlrechtsvorlage in dritter Lesung angenommen, nicht ohne das Bedauern der Regierung, sondern ein nach viel zögerlichem Widerstand, so bezeichnet, wie es kaum ein Parlamentenfalls beizubringen hätte. Nach dem preussischen Verfassungsgesetz...

Die Wahlrechtsreform hat die Wahlrechtskommission bei dem Reichstag vorgelegt. Der Reichstag hat die Wahlrechtsreform angenommen. Die Wahlrechtsreform hat die Wahlrechtskommission bei dem Reichstag vorgelegt.

wird. Wir sind ganz sicher, daß die Abgeordneten und Pfaffen und alle diejenigen, die das preussische Volk und den Kaiser nur von Nutzen her kennen, mit der Vorlage nicht einverstanden sind.

Der Führer der preussischen Sozialdemokratie sprach sich sehr gut aus, daß die große Masse, die die Rechte des preussischen Volkes nicht hinter den Beschüssen des Reichstages stellt. Er ist glücklich genug, auf den Beifall der Massen, auf ihre Anerkennung zu rechnen.

Die Landtagsbeschlüsse dritter Lesung haben die Situation der preussischen Wahlrechtsfrage völlig umgewandelt. An die Stelle der direkten und öffentlichen Wahl der Abgeordneten ist die indirekte, aber geheime Wahl getreten. Die letztere besteht sich aber auf die Urwähler, die Wahlmänner haben den Abgeordneten nach wie vor öffentlich zu wählen.

Die Unterteilung nach Wahlbezirken bleibt erhalten, trotz aller Anfeindungen der Nationalisten, sich durch Erteilung der ganzen Wahlkreise an den Arbeiterwähler abzugeben zu halten. Das ist ein großer Fehler, der die Interessen der Arbeiter...

So steht das Konstante aus, daß nach den Landtagsbeschlüssen dritter Lesung und nach dem Willen der Regierung jetzt Gesetz werden soll. Gegen die Stimmen der Sozialdemokratie, der Freisinnigen, Nationalisten und Polen...

So liegen die Verhältnisse, unter denen die preussische Regierung den Volk die Wahlrecht vorschlagen will, das von diesem verabschiedet und mit Zustimmung genehmigt wird. In allen Städten und Industriestädten Preussens sind die Volkswahlen in Bewegung geraten. Öffentliche Versammlungen, Straßendemonstrationen und Massenversammlungen...

artigen Vorwandschreien besaßen. Sie erlöst bereits die Wahlbevölkerung, sie ist bis in die Kreise der gewählten Arbeiterschaft hineingedrungen, und die Arbeiter haben sich für wachsende Mißstände...

Die Einführung des allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrechts für den preussischen Landtag.

### Ein empfindlicher Gewerberat.

Ein Kollege schreibt uns: Vor einigen Monaten hatten wir uns mit einer Beschwerde, welche ich gegen die Papierfabrik Borzin-Hammernmühle richtete, an die Gewerbeinspektion zu Köln gewandt. Die Beschwerde richtete sich gegen die Sonntagsarbeit, welche in obigen Betrieben in ausgedehnter Weise betrieben wurde.

Die Inspektion hat sich durch Besichtigung der Betriebe und durch Befragung der Arbeiter über den Zustand der Betriebe informiert. Die Inspektion hat sich durch Besichtigung der Betriebe und durch Befragung der Arbeiter über den Zustand der Betriebe informiert.

So das Schreiben der Gewerbeinspektion. Hier war es also der Bezirks-Ausschuß, der der Direktion der Borziner Papierfabrik auf Grund des § 105e der Gewerbeordnung, die Erlaubnis gab, Sonntagsarbeit verrichten zu dürfen.

Die Inspektion hat sich durch Besichtigung der Betriebe und durch Befragung der Arbeiter über den Zustand der Betriebe informiert. Die Inspektion hat sich durch Besichtigung der Betriebe und durch Befragung der Arbeiter über den Zustand der Betriebe informiert.

Die Inspektion hat sich durch Besichtigung der Betriebe und durch Befragung der Arbeiter über den Zustand der Betriebe informiert. Die Inspektion hat sich durch Besichtigung der Betriebe und durch Befragung der Arbeiter über den Zustand der Betriebe informiert.

Die Inspektion hat sich durch Besichtigung der Betriebe und durch Befragung der Arbeiter über den Zustand der Betriebe informiert. Die Inspektion hat sich durch Besichtigung der Betriebe und durch Befragung der Arbeiter über den Zustand der Betriebe informiert.

Die Inspektion hat sich durch Besichtigung der Betriebe und durch Befragung der Arbeiter über den Zustand der Betriebe informiert. Die Inspektion hat sich durch Besichtigung der Betriebe und durch Befragung der Arbeiter über den Zustand der Betriebe informiert.

Die Inspektion hat sich durch Besichtigung der Betriebe und durch Befragung der Arbeiter über den Zustand der Betriebe informiert. Die Inspektion hat sich durch Besichtigung der Betriebe und durch Befragung der Arbeiter über den Zustand der Betriebe informiert.

Die Inspektion hat sich durch Besichtigung der Betriebe und durch Befragung der Arbeiter über den Zustand der Betriebe informiert. Die Inspektion hat sich durch Besichtigung der Betriebe und durch Befragung der Arbeiter über den Zustand der Betriebe informiert.

### Gewerchenschaftsunterstützungen steuerpflichtig — Gewerchenschaftsbeiträge nicht abzugsberechtigt.

Die Steuerabteilung der königlichen Behörden berichtet die "Sächsischen Volkszeitung" folgendes: Wiederholt haben die Steuerbehörden in Sachsisch-Verlucht, die Gewerchenschaften wie auch die Gewerchenschaftskassen zur Befreiung ihrer Einnahmen herangezogen.







